

Gewerkschaften im Prozess der »Volksdemokratisierung« – vergleichende Aspekte zu Polen und zur SBZ/DDR

Gewerkschaften haben in den untergegangenen kommunistischen Systemen eine merkwürdige Doppelrolle gespielt: Als größte Massenorganisation und eigentliche Arbeitervertretung waren sie ein Schlüssel zur Eroberung, Stabilisierung und Sicherung der politischen Macht. Gleichzeitig trugen sie seit Lenin den Makel, ohne Führung durch eine revolutionäre Avantgarde im Ökonomismus und »Nur-Gewerkschaftertum« zu verharren und gegenüber dem Gift des »Sozialdemokratismus« nicht immun zu sein. Darin steckte stets der nicht unbegründete Verdacht, Arbeiterinteressen würden auf eine Weise vertreten, die nicht in das politische Konzept der Führung passte. Konsequenterweise wurde den Gewerkschaften die Rolle eines »Transmissionsriemens« zugedacht.

Entsprechend dieser marxistisch-leninistischen Theorie von den Gewerkschaften als »Transmissionsriemen« des politischen Willens der führenden Partei war die Machtfrage erst gelöst, wenn die Verankerung des politischen Führungsanspruchs in der wichtigsten Massenorganisation der Arbeiterschaft gesichert schien. Darin unterschied sich die politische Ordnung der »Volksdemokratie« in Ostmitteleuropa nicht vom Sowjetsystem in Moskau. Die Anstrengungen aller kommunistischen Parteien richteten sich neben der Fusion mit Sozialdemokraten bzw. Sozialisten mit großem Nachdruck auf den Wiederaufbau und die politische Steuerung der Gewerkschaften. Das Organisationsmodell der zentralistischen Einheitsgewerkschaft und des Aufbaus von oben nach unten sollte diese Zielsetzung sichern. Für die SBZ/DDR sollte aufgrund der Sondersituation des besetzten Deutschlands zunächst die »Volksdemokratie« nicht als Orientierungsmaßstab gelten,¹ de facto aber lief der Umgestaltungsprozess nach ähnlichem Muster ab, auch wenn anfangs gesamtdeutsche Rücksichten eine Rolle spielten.

Die Anfänge der Gewerkschaftsgeschichte sollen hier in vergleichender Perspektive für zwei Länder skizziert werden, die im sowjetischen Herrschaftsbereich eine herausgehobene Rolle spielten: die SBZ/DDR und Polen. Beide zeigten viele Ähnlichkeiten in der Entwicklung, wiesen vom sozialökonomischen Profil her aber auch deutliche Kontraste auf. Für das künftige sowjetische Imperium nach Kriegsende besaßen beide Länder eine vergleichbar hohe politische und militärische Bedeutung. Ohne Herrschaftssicherung in Polen war der Außenposten SBZ/DDR gefährdet, und ohne Stabilisierung der DDR konnte das

1 So Otto Grotewohl 1949. Protokoll der Ersten Parteikonferenz der SED, Berlin 1949, S. 334f.

sowjetische Vorfeld in Polen in Gefahr geraten. Polen gehörte formal zu den Siegermächten, dennoch fielen dort die sowjetischen Eingriffe de facto nur graduell geringer aus als in der SBZ. In der Anfangsphase aber schienen die Handlungsspielräume in Polen größer als in der unter Militärverwaltung stehenden SBZ. Das Hauptproblem bestand in der unübersehbaren Schwäche der polnischen Kommunisten, die dieses Defizit – anders als die vergleichsweise starke KPD – durch ein besonders rigides Vorgehen zu kompensieren versuchten.

Ziel dieser Vergleichsskizze Polen – SBZ/DDR ist es,

- die Nachkriegsplanung und die spezifischen Schwierigkeiten des Gewerkschaftsaufbaus im Umbruch bei Kriegsende zu beleuchten,
- die Formen und die Reichweite der von Moskau gewünschten Sowjetisierung gegenüber eigenständigen Traditionen anzudeuten und Unterschiede der Entwicklungslinien zu erklären.² Die Gewerkschaftspolitik bildete dabei eine wichtige Ergänzung zum keineswegs nach einem vorgegebenen Plan und einheitlich abgelaufenen Prozess der Gleichschaltung der politischen Parteien.³

Politische Planungen und frühe Versuche zur Positionssicherung

Die KPD hatte nach ihrer Stalinisierung in der Weimarer Republik mit der internationalen Volksfrontstrategie 1934/35 einen Weg eingeschlagen, der die Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden, den Kommunisten nach Kriegsende aber eine Schlüsselposition sichern sollte.⁴ Diese Strategie wurde jedoch nicht durchgehalten. Erst nach dem Ende des Hitler-Stalin-Paktes und dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion propagierte man sie wieder. Die Exil-KPD in Moskau entwickelte seit 1943 umfangreiche programmatische Konzepte für den Wiederaufbau. Sie waren in den Grundzügen mit den sowjetischen Genossen

2 Diese Skizze verzichtet auf eine Vielzahl von Einzelnachweisen. Sie fußt für Polen vor allem auf einem seinerzeit von der VW-Stiftung geförderten Projekt, aus dem die Habilitationsschrift von Jędrzej Chumiński hervorgegangen ist: *Ruch zawodowy w Polsce w warunkach kształtującego się systemu totalitarnego* [Die Gewerkschaftsbewegung in Polen unter den Bedingungen der Ausbildung des totalitären Systems], Wrocław 1999. Eine gekürzte ungedruckte Fassung in deutscher Übersetzung trägt den Titel: *Gewerkschaften und Arbeiterinteressen in Polen 1944–1956*, Potsdam 2000. Exemplare davon sind in den Bibliotheken des Zentrums für Zeithistorische Forschung ZZf, Potsdam, und des Herder-Instituts, Marburg, zugänglich. Im Folgenden beziehe ich mich auf die deutsche Fassung. Für die DDR verweise ich auf die entsprechenden Kapitel meiner Monographie, in der die einschlägigen Quellen und Literatur verarbeitet sind: Kleßmann, Christoph: *Arbeiter im »Arbeiterstaat« DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell und westdeutsches Magnetfeld*, Bonn 2007. Ferner ist für das Thema die (allzu) voluminöse organisationsgeschichtliche Arbeit von Stefan Paul Werum zu nennen: *Gewerkschaftlicher Niedergang im sozialistischen Aufbau: der FDGB 1945–1953*, Göttingen 2005.

3 Siehe dazu die auf neuem Material basierende Publikation von Creutzberger, Stefan / Görtemaker, Manfred (Hrsg.): *Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949*, Paderborn 2002. Generell wichtig: Kersten, Krytyna: *The Establishment of Communist Rule in Poland, 1943–1948*, Berkeley 1991.

4 Siehe Weber, Hermann (Hrsg.): *Der deutsche Kommunismus. Dokumente*, Köln 1963, S. 377. Siehe auch die Beiträge von Klaus Schönhoven und Werner Müller in diesem Band.

abgestimmt oder antizipierten sowjetische Wünsche. Sie waren zugleich Elemente einer internationalen kommunistischen Nachkriegsplanung, für die es zumindest einige generelle Eckwerte gab.⁵ In diesen Plänen spielten die Gewerkschaften eine herausgehobene Rolle. Zwar war vom kommunistischen Politikverständnis her klar, dass die Partei die Führungsfunktion besitzen sollte, doch das volksdemokratische Modell in seiner Frühphase ließ diese noch nicht offen erkennen. Die tatsächliche politische Machtverteilung wurde bewusst kaschiert. »Der Wiederaufbau der Gewerkschaften ist von erstrangiger politischer Bedeutung«, resümierte Hermann Matern eine Diskussion der Arbeitskommission des Zentralkomitees (ZK) der KPD in Moskau. »Die Gewerkschaften sind eine entscheidende Transmission der Partei in der Arbeiterklasse. Im Kampf um die Gewinnung der Arbeiterklasse ist die Gewerkschaftspolitik der Partei von großer Bedeutung.« Nach außen hin sollte aber, um die Funktionsfähigkeit dieser Massenorganisation sicherzustellen, die parteipolitische und konfessionelle Neutralität sowie ein »demokratischer Zentralismus mit weitgehender innerorganisatorischer Demokratie und Toleranz« propagiert werden.⁶

In Polen lässt sich eine ähnliche Konstellation beobachten. Die Geschichte der Gewerkschaften in Polen war geprägt von der langen Teilung des Landes und den unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Teilgebieten.⁷ Angesichts des faktischen Verbots während der Besatzungszeit waren programmatische Planungen nur im Untergrund oder im Exil in London möglich. Die tiefe politische Spaltung des linken Lagers seit 1943 führte dazu, dass Sozialisten und Kommunisten unabhängig voneinander Konzepte entwickelten, die sich inhaltlich durchaus ähnelten, aber auf unterschiedlichen politischen Prämissen beruhten.

Die Programmatik der sozialistischen PPS (*Polska Partia Socjalistyczna*/Polnische Sozialistische Partei), die im Untergrund WRN (*Wolność, Równość, Niepodległość*/Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit) hieß und sich der Londoner Exilregierung unterordnete, orientierte sich an radikalisierten Vorkriegstraditionen. Die Sozialisten waren in der Industriearbeiterschaft der polnischen Gewerkschaftsbewegung die stärkste Kraft und vertraten ein dezidiert antikapitalistisches, demokratisch-sozialistisches Programm.⁸ Die im Untergrund neu gegründete kommunistische PPR (*Polska Partia Robotników*/Polnische Arbeiterpartei) betonte in einer eigenen Programmerkklärung vom Oktober 1943 zu den Gewerkschaften deren besondere Bedeutung für den Neuaufbau. Dabei sollte die frühere Spaltung in Richtungsgewerkschaften überwunden werden. Organisatorisch sollten Fabrikkomitees eine zentrale Rolle spielen.⁹ Die von Moskau 1944 geförderte Abspaltung eines mit den Kommunisten im »Lubliner Komitee« oder Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN – *Polski*

5 Siehe Erler, Peter/Laude, Horst/Wilke, Manfred (Hrsg.): »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 41 ff.

6 Ebenda, S. 200, 207.

7 Siehe dazu meinen Artikel »Polen« in Mielke, Siegfried (Hrsg.): Internationales Gewerkschaftshandbuch, Opladen 1983.

8 Siehe Dunin-Wasowicz, Krzysztof: *Polski Ruch Socjalistyczny 1939–1945* [Die polnische sozialistische Bewegung 1939–1945], Warschau 1993.

9 O odbudowę związków zawodowych [Über den Aufbau von Gewerkschaften], in: Zakład Historii przy KC PZPR (Hrsg.): *Kształtowanie się podstaw programowych Polskiej Partii Robotniczej w latach 1942–1945*

Komitet Wyzwolenia Narodowego) kooperierenden Flügels der Sozialisten machte die politischen Konfliktlinien noch komplizierter. Der Dissens zwischen Kommunisten und Sozialisten war damit aber keineswegs aufgehoben, wie sich nicht zuletzt an der Gewerkschaftsentwicklung zeigte. Da den polnischen Kommunisten ihre geringe Resonanz in der Bevölkerung bewusst war, erhielten die Gewerkschaften als Medium zur Gewinnung der Arbeiterschaft ein großes Gewicht. Formal knüpfte man zwar an Vorkriegstraditionen an, aber als Ziel stand eine primär von der PPR beeinflusste Einheitsgewerkschaft fest. Bereits im November 1944 wurde in den schon befreiten Gebieten eine provisorische Zentralkommission der Gewerkschaften (TKCZZ) gegründet, die eine starke kommunistische Dominanz aufwies und in deren Präsidium die PPR mit drei, die Sozialisten mit zwei Repräsentanten vertreten waren.¹⁰ Dieses »Lubliner Modell« sollte auch in den übrigen Gebieten Polens durchgesetzt werden. Das gelang jedoch nur begrenzt und erst spät.

Bereits auf dem vorläufigen Gewerkschaftskongress im März 1945 vor der regulären Gründung wurde die rücksichtslose Strategie der PPR deutlich, möglichst schnell ihre dominierende Rolle in der Gewerkschaftsspitze zu sichern. Völlig ausgeschaltet blieben zu diesem Zeitpunkt die christlichen Gewerkschaften, die über eine beträchtliche Anhängerschaft verfügten. Aber nicht nur an der Spitze, auch an der Basis wollte die PPR ihre Position stärken. Durch eine offensive Politik der Förderung der in der Umbruchsituation massenhaft entstandenen Fabrikräte oder Betriebsräte hoffte sie, dieses Ziel zu erreichen. Mit dem im Februar 1945 gewissermaßen als Flucht nach vorn erlassenen Betriebsrätegesetz, dessen komplizierte Vorgeschichte hier nicht dargestellt werden kann,¹¹ versuchte der noch nicht international anerkannte, kommunistisch dominierte Landesnationalrat (KRN – *Krajowa Rada Narodowa*), die politisch unkontrollierte Bewegung in den Griff zu bekommen. Taktisch gestand man den Betriebsräten zunächst weitreichende Kompetenzen zu, um sie für die eigene Sache zu gewinnen. Diese Phase dauerte aber nur kurz, denn die Betriebs- oder Fabrikräte entwickelten teilweise eine Eigendynamik, die kaum mit den politischen Konzepten der PPR vereinbar war. Bereits im Juni 1945 wurden ihre Befugnisse faktisch auf soziale Belange reduziert. Stattdessen sollten die zentralistisch konzipierten Gewerkschaften gestärkt werden und die Unterordnung der Mitglieder unter die Partei sichern.¹²

Diese Konstellation wies deutliche Ähnlichkeiten zur Umbruchsituation in der SBZ auf, wo ebenfalls in herrenlosen Betrieben Ansätze einer Betriebsrätebewegung entstanden.¹³ Formal lassen sich zudem Parallelen zum Weimarer Betriebsrätegesetz von 1920 und

[Die Gestaltung der programmatischen Grundlagen der Polnischen Arbeiterpartei], Warschau 1958, S. 132 ff.

10 Chumiński: Gewerkschaften und Arbeiterinteressen (Anm. 2), S. 17 f. Siehe generell auch die materialreiche, wenn auch in der Interpretation problematische Arbeit von Ratyński, Władysław: *Partia i związki zawodowe w Polsce Ludowej* [Partei und Gewerkschaften in Volkspolen], Warschau 1977, hier S. 90.

11 Siehe dazu meinen Aufsatz: Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterselbstverwaltung in Polen (1944–1958), in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 29 (1981), S. 185–214.

12 Chumiński: Gewerkschaften und Arbeiterinteressen (Anm. 2), S. 75–84.

13 Dazu grundlegend Suckut, Siegfried: *Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945–1948)*, Frankfurt am Main 1982.

zum Alliierten Kontrollratsgesetz von 1946 in Deutschland aufzeigen. In allen drei Fällen sollte eine Kanalisierung der Betriebsräte durch enge Bindung an die Gewerkschaften erreicht werden.

Es ist schwierig, den Charakter dieser Bewegungen und Konflikte zutreffend zu beurteilen, wenn man sich die chaotischen Umstände ihrer Entstehung vor Augen führt. Die Charakteristika der Zusammenbruchsgesellschaft in Deutschland sind oft und eingehend beschrieben worden. In Polen war der Grad materieller Zerstörung und systematischer Demontage geringer, aber dennoch beträchtlich, die Zahl kurzzeitig herrenloser Betriebe ebenfalls. Arbeiterinitiativen während dieser Umbruchsituation in beiden Ländern sollten daher nicht mit zu großem revolutionstheoretischem Anspruch befrachtet werden. Vielfach ging es hier um elementare Sicherungsaktionen, um »Organisieren« und Durchkommen in einer völlig unübersichtlichen Situation. Dennoch bildeten die Existenz der Betriebsräte und die Auseinandersetzung mit ihnen einen wichtigen Ansatzpunkt für die Organisation der Gewerkschaften und damit für einen Aspekt der kommunistischen Machtsicherung. Falsch wäre es auch, nur die Spannungen zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten zu betonen. Häufig waren sie in der Praxis auf der untersten Organisationsebene faktisch identisch oder kooperierten miteinander.

Die Integration der Betriebsräte in die Gewerkschaften war in beiden Ländern Teil der kommunistischen Strategie, spontane Organisationsansätze und »Abweichungen« auszuschalten bzw. den eigenen Interessen gemäß zu steuern. Die Entwicklung verlief jedoch weder in Polen noch in Deutschland geradlinig. Aus übergeordneten politischen Gründen waren in Polen nach der Bildung der Provisorischen Regierung im Juni 1945 gewisse innenpolitische Konzessionen und Tarnungsmanöver erforderlich. So kamen kurzzeitig auch andere politische Kräfte wieder zum Zuge. Der erste reguläre polnische Gewerkschaftskongress im November 1945 praktizierte dementsprechend eine Art Blockpolitik und konzedierte den christlichen Gewerkschaften eine Repräsentation in der Zentralkommission der Gewerkschaften (CKZZ – *Centralna Komisja Związków Zawodowych*). Aber auch das war nur ein kurzes Zwischenspiel. Durch Repression und Abspaltungen wurden sie dezimiert und ausgeschaltet.

Anders die PPS. Sie entwickelte sich nach der anfänglichen Unterordnung vom ehemals gefügigen politischen Bündnispartner zu einer in den Betrieben und Gewerkschaften oft gut verankerten Gegenkraft zur PPR und wurde so zum einzigen wirklichen Konkurrenten. Es entstünde daher ein schiefes Bild, wenn in der »Lubliner« PPS gerade im gewerkschaftlichen und betrieblichen Bereich nur noch Hilfstruppen der Kommunisten gesehen würden.¹⁴ Heftige Auseinandersetzungen, die sich u. a. in den Ergebnissen der Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen niederschlugen, kennzeichneten die Frühgeschichte der polnischen Gewerkschaften. Sie dauerten länger und fielen erheblich schärfer aus als die parallelen Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der sowjetzonalen Gewerkschaftsbewegung. Nach offiziellen Statistiken stellten 1946 landesweit die PPS 38,4 Prozent, die PPR 31 Prozent und andere Parteien 3,5 Prozent der Betriebsratsmitglieder, 27,1 Prozent waren

14 So zu Recht Reynolds, Jaime: Communists, Socialists and Workers. Poland 1944–1948, in: Soviet Studies 30 (1978), S. 516–539, hier S. 518.

parteilos. Die PPS besaß ein Übergewicht in acht von elf Industriebranchen, darunter in so wichtigen wie dem Bergbau, der Metall- und der Textilindustrie. Entsprechend gingen die Gewerkschaftswahlen 1947 mit empfindlichen Niederlagen für die Kommunisten aus.¹⁵

Diese Ergebnisse mussten für die polnischen Kommunisten eine Herausforderung sein, um die Bemühungen um die politische Gleichschaltung der Gewerkschaften und die Integration der Betriebsräte zu forcieren. Ein wirksames Instrument dafür war die Infiltration der Leitungsstrukturen der PPS mit Agenten des Sicherheitsdienstes UB (*Urząd Bezpieczeństwa*). Insgesamt sollen im Herbst 1947 unter den 634 Mitgliedern der PPS in den Woiwodschaftsleitungen 90 Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes gewesen sein. »Man kann sich nicht darauf beschränken, Alarm zu schlagen«, erklärte eine Mitarbeiterin der Staatssicherheit. »Man muss mit Hilfe von PPS-Leuten selbst die Unbequemen eliminieren.«¹⁶ Neben Wahlmanipulationen und offener Repression war diese Methode relativ effektiv. Bis zur Fusion der Sozialisten und Kommunisten im Dezember 1948, bei deren Vorbereitung die Gewerkschaften eine Schlüsselrolle spielten, wurde in einer veränderten politischen Großwetterlage der hartnäckige Widerstand der PPS weitgehend ausgeschaltet.

In der SBZ tolerierte anfangs nicht nur der schon im Juni 1945 gegründete FDGB (Freie Deutsche Gewerkschaftsbund) die unübersichtliche Betriebsrätebewegung, sondern auch die SMAD (Sowjetische Militäradministration) konzidierte erstaunlicherweise nach einem ersten gescheiterten Anlauf zur Auflösung zunächst ihre Existenz.¹⁷ Zwar begannen die Bemühungen um ihre Integration in die »von oben« gegründete Zentralgewerkschaft frühzeitig, aber erst mit der Bitterfelder Konferenz vom November 1948 verschwanden eigenständige Betriebsräte. Sie wurden gewissermaßen »unschädlich gemacht«, indem sie in der untersten gewerkschaftlichen Organisationseinheit, der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL), aufgingen. Damit glichen die organisatorischen Strukturen denen in Polen, wo bereits die im Januar 1947 novellierte Fassung des Betriebsrätegesetzes von 1945 eine solche Festlegung traf. Dieser Prozess verlief in der SBZ ohne großen Widerstand. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte in der unmittelbaren Präsenz der SMAD und im Übergang der wichtigsten Betriebe in sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) liegen. Es gab auch starke personelle Kontinuitäten. So saßen in ca. 50 000 BGL, die in rund 140 000 Betrieben gewählt wurden, 12 000 ehemalige Betriebsratsvorsitzende.¹⁸

In der SBZ lassen sich – anders als in Polen – in den 40er-Jahren kaum Streiks und offene Formen von Widerstand registrieren. Es gab durchaus erhebliche Spannungen, diese wurden aber primär innerhalb der schon 1946 geschaffenen Einheitspartei und des FDGB ausgetragen. Im Vorfeld der Zwangsvereinigung hatte die SMAD befürchtet, die SPD verschaffe sich in der wichtigsten Massenorganisation eine Bastion. »Die Sozialdemokraten entfalten eine energische Tätigkeit und versuchen, sich die Gewerkschaften zu unterwer-

15 Chumiński: Gewerkschaften und Arbeiterinteressen (Anm. 2), S. 96, 108.

16 Zit. ebenda, S. 105.

17 Suckut: Die Betriebsrätebewegung (Anm. 13), S. 163 f., 236 f., 307.

18 Brunner, Detlev: Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis in die frühen 1950er Jahre, Essen 2000, S. 207.

fen«, stellte warnend ein Informationsbericht der SMAD im November 1945 fest.¹⁹ Auch in der SBZ wurde daher die kommunistische Dominanz zumindest in der Organisationsspitze frühzeitig rigide mit direkten Eingriffen und Wahlmanipulationen durchgesetzt. Dennoch konnte die SED-Führung die Wünsche der sowjetischen Besatzungsmacht zunächst nicht ohne Weiteres über das Instrument gefügiger Gewerkschaften durchsetzen. So bat 1948 das Zentralsekretariat der SED die SMAD, nach Möglichkeit auf »die bisher in Deutschland üblichen Prinzipien der Tarifsvertragspolitik und der gewerkschaftlichen Arbeit« Rücksicht zu nehmen, um nicht »das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung zum FDGB« zu erschüttern.²⁰ Das war ein deutlicher Rekurs auf Traditionen, deren Gewicht sich nicht einfach ignorieren ließ.

In Polen waren die Konfliktlinien diffuser und der Widerstand gegen die Dominanz der PPR heftiger. Dieser Widerstand lässt sich jedoch nicht nur auf politische Motive zurückführen, sondern speiste sich auch und vor allem aus der wachsenden Unzufriedenheit über die miserable Versorgungslage. Unter diesem Gesichtspunkt sind die zahlreichen Streiks und andere Verweigerungsformen (Absentismus, Verweigerung des Gewerkschaftsbeitrags, Fluktuation) in den Jahren 1945–1948 einzuordnen, die die PPR in große Unruhe versetzten.

Streiks, Propagierung höherer Arbeitsnormen und Kampf gegen sozialistische Traditionen

Chumiński hat erstmals versucht, den Umfang der Streiks in Polen wenigstens annähernd aus den Quellen zu rekonstruieren.²¹ 1945 fanden sie noch sporadisch statt. Insgesamt waren es mindestens 143, davon über die Hälfte in der Woiwodschaft Łódź mit einer langen Tradition der Arbeiterbewegung. Auslöser waren zumeist die äußerst niedrigen Löhne und die schlechte Versorgung. Im folgenden Jahr stieg die Gesamtzahl der Streiks auf 244 mit mehreren Zehntausend Teilnehmern an. Dabei wiesen Textilindustrie und Bergbau die höchste Beteiligung auf. Bei den Versuchen einer Verhinderung oder Eindämmung spielten die Sicherheitsorgane eine wichtige Rolle. Gewaltsame Auseinandersetzungen, Verhaftungen und hohe Strafen für Verurteilte trugen zur Politisierung der Streiks bei, obwohl sie überwiegend auf die schlechten materiellen Lebensbedingungen zurückgingen.

Trotz massiver Eingriffe ließen auch 1947 die Streiks nur geringfügig nach. Einer der größten in der Geschichte Volkspolens fand im September 1947 in 17 Textilbetrieben in Łódź statt, es beteiligten sich rund 26 000 Beschäftigte daran.²² Zu den vielfältigen Ursachen und Anlässen gehörte auch die Aktivistenkampagne mit dem Bergmann Wincenty Pstrowski, dem polnischen Gegenstück zu »Kumpel Hennecke«. Auf beiden Seiten förderten Gewaltakte, aufgebauschte Informationen und Gerüchtebildung die Eskalation mit

19 Zit. bei Kleßmann: Arbeiter im »Arbeiterstaat« DDR (Anm. 2), S. 105.

20 Zit. bei Brunner: Sozialdemokraten im FDGB (Anm. 18), S. 179.

21 Chumiński: Gewerkschaften und Arbeiterinteressen (Anm. 2), S. 135–158.

22 Ebenda, S. 147 ff.; Reynolds: Communists, Socialists and Workers (Anm. 14), S. 528 ff.

blutigen Zusammenstößen und zahlreichen Verhaftungen. Neben PPS-Mitgliedern waren auch PPR-Anhänger am Streik beteiligt. Parteien, Sicherheitsapparat, Gewerkschaften und Betriebsverwaltungen schoben sich gegenseitig die Verantwortung für die prekäre Lage zu. Der Vorsitzende der Textilarbeitergewerkschaft brachte sich schließlich um jeden Kredit, als er vorschlug, alle Streikenden zu entlassen, die bis zu einem festgesetzten Termin nicht zur Arbeit erschienen. Eine der »Lehren« aus diesem Streik bestand für die Machthaber darin, dass künftig der Sicherheitsapparat präventiv tätig werden sollte, wenn es um die Einführung unpopulärer Maßnahmen ging.

Die Analyse der Streiks legt, so bruchstückhaft die Daten im Einzelnen auch sind, die Hypothese nahe, dass vor allem in traditionsreichen Betrieben mit einer qualifizierten Arbeiterschaft die Solidarität ausgeprägt und die Ablehnung der »neuen Ordnung« besonders verbreitet war.²³ Daraus ergab sich – ähnlich wie in der SBZ/DDR – für die neuen Machthaber der Zwang zum ständigen Kampf gegen diese Variante des »Sozialdemokratismus«. Hinter dem Widerstand und dem ideologischen »Zurückbleiben« der Arbeiter gegenüber den neuen Anforderungen vermutete die kommunistische Führung – neben dem politischen Hauptfeind Mikołajczyk und seiner PSL (*Polskie Stronnictwo Ludowe*/Polnische Volkspartei) – vor allem den Einfluss der PPS. »Der Angriff der PPS auf die Gewerkschaften«, stellte der Gewerkschaftsvorsitzende Witaszewski, der auch die Gewerkschaftsabteilung im ZK der PPR leitete, im Oktober 1946 fest, »äußert sich auf allen Gewerkschaftsebenen. Sie sind überall bemüht, ihre Leute einzusetzen, und wälzen zugleich die Verantwortung für die Schwierigkeiten und die komplizierte Lage auf die PPR-Leute ab.«²⁴ Das war im Kern richtig. Die Kommunisten machten es allerdings nicht anders, nur die Methoden unterschieden sich erheblich. Auffallend war das rüde Vorgehen der Sicherheitsorgane, um den Widerstand aus den Reihen der PPS zu brechen. Im Juli 1947 wurden etwa 400 PPS-Mitglieder »wegen Verbreitung staatsfeindlicher Gerüchte« verhaftet. Drakonische Urteile folgten. Dabei diente oftmals die Konstruktion als Vorwand, es handle sich um »Reaktionäre« aus dem Umfeld der WRN (d. h. der früheren, londontreuen PPS der Untergrundbewegung).²⁵

Im Zuge der gravierenden innenpolitischen Machtverschiebung (Ablösung Gomułkas als Generalsekretär der PPR) und der Verschärfung des Kalten Krieges 1948 nahmen die Streiks an Häufigkeit, Dauer und Teilnehmerzahl deutlich ab. Die massive Intervention der Staatssicherheit dämpfte derartige Aktionen, konnte sie allerdings nicht ganz verhindern. Trotz der permanenten Bedrohung wurden von 1949 bis 1952 mindestens 224 Streiks gemeldet. Es handelte sich ähnlich denen in der DDR um kurze Arbeitsniederlegungen mit relativ wenig Beteiligten.²⁶ Als Symptom für Unzufriedenheit und Konfliktbereitschaft wirkten sie jedoch alarmierend.

23 Ebenda, S. 155.

24 Zit. bei Chumiński: Gewerkschaften und Arbeiterinteressen (Anm. 2), S. 92f.

25 Ebenda, S. 102f.

26 Ebenda, S. 210. Chumiński verweist auf einen Fall, der vermutlich nur im katholischen Polen möglich war: Eine handgreifliche Aktion wegen religiöser Symbole, die Arbeiterinnen im Betrieb aufgehängt hatten. Diese Symbole wurden von Parteifunktionären entfernt, mussten aber nach heftigem Protest wieder aufgehängt werden. Ebenda, S. 152f.

Ein besonders spektakuläres Beispiel war der Streik, der am 3. April 1951 im Dąbrowa-Becken ausbrach, nachdem die Partei die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau um eine Stunde beschlossen hatte.²⁷ Massive Repressionen stellten schließlich Ruhe und Ordnung wieder her. Die tieferen Ursachen dieses Streiks hat einer derjenigen, die an der Beendigung beteiligt waren, später wohl zutreffend benannt: »Die Gruben im Dąbrowa-Becken«, schrieb Edward Gierek, damals Sekretär des Woiwodschaftskomitees der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) in Kattowitz, »hatten alte, noch aus der Vorkriegszeit stammende Belegschaften. Hinzu kam, dass unter ihnen die PPS Einfluss hatte und deren Mitglieder die Entstehung der PVAP im Grunde mit der Liquidierung der PPS gleichsetzten. Sie hatten wirksamen Einfluss auf die Belegschaft – die neue Partei hassten sie »aus ganzer Seele.«²⁸

Wenig erfolgreich war in beiden Ländern der Kampf um höhere Arbeitsnormen. In der polnischen Kohleindustrie wurden im Rahmen einer im Januar 1949 eingeführten Lohnreform die Normen um 24,4 Prozent erhöht, in der Metallbranche um 35 Prozent, in der Textilindustrie sogar um bis zu 50 Prozent. Die Partei befürchtete Widerstand und wies das Ministerium für Innere Sicherheit an, sich einzuschalten, »um eine normale Arbeit in den Industriebetrieben zu gewährleisten, bevor Versuche zu Streikaufrufen und feindlichen Auftritten zu verzeichnen sind.«²⁹ Die Normerhöhung erwies sich jedoch als kontraproduktiv: Die Produktivität ging im Jahr 1949 zurück, in einigen Branchen beträchtlich. In etlichen Betrieben, in denen der verdeckte Widerstand besonders heftig war, entschlossen sich daher die Betriebsleitungen zu Konzessionen in Form von verschiedenartigen Zuschlägen oder Ausgleichszahlungen und unterliefen damit die Normerhöhung.

Lassen sich in der SBZ für die 40er-Jahre kaum Parallelen zum Ausmaß der Konflikte in Polen aufzeigen, so gab es in den frühen 50er-Jahren etliche, z. T. scharfe Auseinandersetzungen, die sich gegen die Strategie der schleichenden Normerhöhungen richteten, die dann im Betriebskollektivvertrag (BKV), den der FDGB durchzusetzen hatte, ihren ersten Höhepunkt fand. Während die gewaltsamen Unruhen in Saalfeld 1951 eher in die Tradition von sozialen Krawallen in Betrieben mit extremen Arbeitsbedingungen einzuordnen sind,³⁰ häuften sich nach der Verschärfung der ökonomischen Lage durch die 2. Parteikonferenz der SED 1952 Fälle von Arbeitsniederlegungen und Protesten. Der dort beschlossene forcierte »Aufbau des Sozialismus« mit beginnender Kollektivierung der Landwirtschaft, bevorzugter Förderung der Schwerindustrie und »Verschärfung des Klassenkampfes« schuf bald eine krisenhafte Situation. Es gelang den SED-Funktionären häufig nur mühsam, den aufgestauten Unmut, der die gravierende Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse insgesamt zum Hintergrund hatte, zu besänftigen.

Der nach sowjetischem Vorbild umfassend konzipierte BKV regelte nicht mehr wie die alten Tarifverträge die Arbeits- und Lohnbedingungen, sondern war primär ein Instrument

27 Ebenda, S. 210 f.

28 Zit. ebenda.

29 Zit. ebenda, S. 203.

30 Siehe dazu Port, Andrew: Der erste Arbeiteraufstand in der DDR. Die Proteste der Wismut-Arbeiter im thüringischen Saalfeld 1951, in: Deutschland Archiv 40 (2007), S. 605–613.

der Planerfüllung. Das sächsische Stahlwerk Riesa fungierte als Beispielbetrieb, dort wurde nach wochenlangen Beratungen und Diskussionen am 21. Mai 1951 in Anwesenheit des Bundesvorstandes des FDGB und von Gewerkschaftsleitungen aus 150 Betrieben der erste BKV »einstimmig angenommen«. Etwa 5000 Verträge folgten im Lauf des Jahres 1951.³¹ Die quantitativen Erfolgsbilanzen konnten aber die massiven Auseinandersetzungen um die Einführung der BKV nicht verdecken. Im Leunawerk bei Merseburg kam es sogar zu gewaltsamen Zusammenstößen, bei denen Volkspolizei und sowjetisches Militär einschritten.³²

In Polen begann die Einführung der BKV später als in der DDR, verlief aber prinzipiell vergleichbar und musste gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt werden.³³

Die Grundkonstellation und die »objektiven« Probleme waren somit ähnlich: Um schnelle Produktionssteigerungen und den Aufbau der Planwirtschaft durchzusetzen, sollten die Bastionen der alten Arbeiterbewegungstraditionen geschleift werden. In Polen begann man damit früher und unter massiver Einschaltung der Sicherheitsorgane. Die Verankerung neuer Arbeitsnormen in Form von BKV blieb in beiden Ländern ein schwieriges Geschäft. Da die Gewerkschaften bei ihrer Durchsetzung die Hauptlast tragen mussten, büßten sie weiter an Glaubwürdigkeit als Interessenvertretung ein. Insbesondere die mittleren und unteren Kader der Gewerkschaften saßen zwischen den Stühlen: Sie gerieten ins Schussfeld der Parteikritik, da von ihnen die Umsetzung der Anweisungen »von oben« verlangt wurde. Zugleich waren sie aber unmittelbar mit den Erwartungen der Arbeiter konfrontiert, die sich an traditioneller Interessenvertretung orientierten. Aus diesem Dilemma haben sich Gewerkschaften im »Realsozialismus« nie befreien können.

Fazit

Ein systematischer Vergleich müsste umfassender, als es hier möglich war, verschiedene zusätzliche Ebenen einbeziehen. Aber schon bei einem oberflächlichen Blick auf die Rolle von Gewerkschaften im Prozess der »Volksdemokratisierung« werden grundsätzliche Ähnlichkeiten und beträchtliche Differenzen zwischen den beiden Staaten erkennbar.

1. Die kommunistischen Planungen im Exil bzw. im Untergrund fielen für Deutschland und Polen ähnlich aus. Die Einheitsgewerkschaft als Ziel kam in beiden Fällen zwar einem verbreiteten Wunsch der Arbeiter im linken Spektrum entgegen, sie war für die Kommunisten aber vor allem ein Hebel zur Ausschaltung der Sozialisten bzw. Sozialdemokraten. Die KPD konnte sich dabei neben der Besatzungsmacht immerhin auf eine starke eigene Tradition stützen. Für die PPR galt das allenfalls ansatzweise in wenigen Regionen wie Oberschlesien oder Łódź. Sie stieß als Neugründung im Untergrund auf massive Vorbe-

31 Keller, Dietmar: Lebendige Demokratie. Der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR 1948–1952, Berlin (Ost) 1971, S. 202f.

32 »Telegraf« vom 1. Juni 1951 (»Schwere Unruhen im Leuna-Werk«).

33 Chumiński: Gewerkschaften und Arbeiterinteressen (Anm. 2), S. 188f.

halte einer nationalbewussten, stark katholisch geprägten und nur in Teilen industrialisierten Gesellschaft, die durch die Folgen der Okkupation zudem völlig aus den Fugen geraten war.

2. Die strukturelle Ambivalenz von sozialer Interessenvertretung und Transmissionsriemen charakterisierte besonders die Anfangsphase in beiden Ländern, auch wenn der Wille zur Gleichschaltung und politischen Funktionalisierung bereits deutlich sichtbar wurde. In der SBZ war diese Ambivalenz aufgrund starker sozialdemokratischer Traditionen deutlicher ausgeprägt als in Polen, wo die PPR ihre schwache Verankerung in der Arbeiterschaft durch besonders hartes Vorgehen gegen alle »Gegner« wettzumachen versuchte. In Polen wurden die Gewerkschaften daher früher und konsequenter auf Parteilinie gebracht als in der SBZ. Die PPR erlitt dabei jedoch zunächst erhebliche Rückschläge, da die Fusion von Kommunisten und Sozialisten noch nicht vollzogen war. Auf diese Weise blieb der Konflikt mit der PPS bis 1948/49 brisant, während er sich in der SBZ in schwächerer Form innerhalb der Einheitspartei und des von ihr gesteuerten FDGB abspielte.

3. In der Haltung gegenüber den Betriebsräten zeichneten sich deutliche Unterschiede ab. Die PPR instrumentalisierte die Räte anfänglich offensiv zur Sicherung der eigenen Machtposition, in der SBZ wurden sie dagegen zunächst nur toleriert. Auch auf diesem Feld intervenierte die PPR jedoch früher als die SED mit dem Ziel, die Betriebsräte als unterste Organisationseinheit in die Gewerkschaften zu integrieren.

4. Die Auseinandersetzungen um Produktivitätssteigerungen durch »Aktivisten« und kollektive Regelungen der Arbeitsbeziehungen gehörten zu den länderübergreifenden Schlüsselproblemen. Das Grundmuster des Widerstandes gegen Leistungslöhne, neue Normen und detaillierte Festlegungen im BKV lässt sich in der SBZ/DDR besonders gut aufzeigen. Hier spricht zudem viel für die These, dass die nachhaltige Erfahrung von Egalität und solidarischem Zusammenhalt in den chaotischen ersten Nachkriegsjahren die Formen der Ablehnung prägte. Streikaktionen blieben in diesem Kontext in Polen stärker ausgeprägt als in der DDR, wo das Risiko erheblich höher war. Dennoch lassen sich auch hier Parallelen aufzeigen.

5. Warum es in Polen trotz verbreiteten Widerstands nicht ähnlich wie in der DDR schon bald nach Stalins Tod, sondern erst 1956 zum »großen Kladderadatsch« kam, ist nicht leicht zu erklären. Ein wichtiges Moment könnte sein, dass hier – anders als schließlich 1953 in der DDR – die immer wieder bekämpften Normerhöhungen gestaffelt in verschiedenen Branchen und zu verschiedenen Zeitpunkten durchgesetzt wurden, sodass der Unwille dagegen verstreut blieb und sich nicht in geballter Form Luft machte. Zudem griffen die Sicherheitsorgane besonders massiv ein. Das Thema blieb jedoch in beiden Staaten auf der Tagesordnung, und die politisch angepassten Gewerkschaften gerieten 1956 in Polen umso schärfer unter Druck, als sie mit neuen Arbeiterräten konfrontiert wurden, die an Traditionen der ersten Nachkriegsmonate anknüpften.